

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht,
Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/9082

über den Vollzug der Untersuchungshaft (Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 16/9657

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug der Untersuchungshaft (Drs. 16/9082)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Florian Ritter SPD

Drs. 16/9901

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug der Untersuchungshaft (Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG) (Drs. 16/9082)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Renate Will u.a. und Fraktion (FDP)

Drs. 16/10005

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über den Vollzug der Untersuchungshaft (Bayerisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz - BayUVollzG) (Drs. 16/9082)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 werden die Worte „§ 275a Abs. 5“ durch die Worte „§ 275a Abs. 6“ ersetzt.
2. Art. 4 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Dem Erkennen von Suizidabsichten und der Verhütung von Selbsttötungen kommt eine besondere Bedeutung zu.“
3. Art. 8 Abs. 2 wird folgender Satz 4 angefügt:

„⁴Sie werden auf die Möglichkeit von Hilfen durch die Fachdienste des Art. 42 Satz 1 in Verbindung mit Art. 178, 181 und 182 BayStVollzG hingewiesen.“
4. In Art. 12 Abs. 3 Satz 2 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „9“ ersetzt.
5. Der bisherige Wortlaut von Art. 21 Abs. 1 wird Satz 1 und es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Ein Telefongespräch möglichst zeitnah nach der Aufnahme in die Anstalt soll zugelassen werden.“

Berichtersteller:

Dr. Franz Rieger

Mitberichtersteller:

Franz Schindler

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge wurden dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz federführend zugewiesen.
Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge federführend beraten und endberaten.
Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/9657, Drs. 16/9901 und Drs. 16/10005 in seiner 63. Sitzung am 27. Oktober 2011 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung
 mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/10005 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Der Änderungsantrag Drs. 16/9901 wurde wie folgt behandelt:

- a) Hinsichtlich Nr. 7 Buchst. a des Änderungsantrages Drs. 16/9901 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Durch die Aufnahme in I. hat Nr. 7 Buchst. a seine Erledigung gefunden.
- b) Im Übrigen wurde hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/9901 mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 9657 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung
 Ablehnung empfohlen.

3. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/9657, Drs. 16/9901 und Drs. 16/10005 in seiner 66. Sitzung am 8. Dezember 2011 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 FREIE WÄHLER: Ablehnung
 B90/GRÜ: Ablehnung
 FDP: Zustimmung

seine ursprüngliche Beschlussempfehlung aufrechterhalten.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/10005 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I.

seine Erledigung gefunden.

Der Änderungsantrag Drs. 16/9901 wurde wie folgt behandelt:

- a) Hinsichtlich Nr. 7 Buchst. a des Änderungsantrags Drs. 16/9901 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen. Durch die Aufnahme in I. hat Nr. 7 Buchst. a seine Erledigung gefunden.
- b) Im Übrigen wurde hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/9901 mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung
 Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/9657 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 FREIE WÄHLER: Zustimmung
 B90/GRÜ: Zustimmung
 FDP: Ablehnung
 Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
 Vorsitzender